

NACHRICHTEN

Festnahmen nach Mord im Kosovo

PRISTINA: Die UNO-Polizei im Kosovo hat nach dem Mord am Albaner-Kommandanten Besim Mala zwei Verdächtige festgenommen. Bei der Durchsuchung von neun Privatunterkünften in Pristina sei eine grosse Menge Waffen und Munition beschlagnahmt worden, sagte eine UNO-Sprecherin am Freitag. Damit seien jetzt drei Verdächtige gefasst worden. Ein vierter sei noch auf der Flucht, erklärte die Sprecherin in Pristina weiter. Mala, einer der Kommandanten der offiziell aufgelösten Kosovo-Befreiungsarmee UÇK und ranghoher Vertreter des Kosovo-Schutzkorps (TMK), war am Montag auf offener Strasse in Pristina erschossen worden. Nach Polizeiermittlungen ging es um Besitzstreitigkeiten.

Brandanschlag auf Synagoge



ERFURT: Ein Brandanschlag auf die Erfurter Synagoge ist nach Ansicht der Ermittler möglicherweise von einer linken Gruppe begangen worden, um einen rechtsextremistischen Angriff vorzutäuschen. Bei dem Anschlag wurde niemand verletzt. Die Sprache des Bekennerscheibens, das am Donnerstagabend am Tatort gefunden wurde, sei untypisch für die rechtsextremistische Szene, sagten Vertreter des Landeskriminalamtes und der Staatsanwaltschaft am Freitagnachmittag bei einer Pressekonferenz in Erfurt. Dennoch ist nicht sicher, wer tatsächlich hinter dem Anschlag steckt. Rechts-extreme Täter sind nach wie vor nicht ausgeschlossen, hiess es. Es werde in alle Richtungen ermittelt.

ETA-Anschlag auf Polizisten-Wohnung

VITORIA: Mutmassliche Anhänger der baskischen Untergrund-Organisation ETA haben am Freitag in der nordspanischen Stadt Vitoria einen Sprengstoffanschlag auf die Wohnung eines Polizisten verübt. Bei der Explosion sei erheblicher Sachschaden entstanden, aber niemand verletzt worden, teilten die Behörden mit. Der mit Nägeln gefüllte Sprengsatz sei in der Nacht vor der Tür des Beamten in einem Hochhaus detoniert. Dieser sei zu diesem Zeitpunkt aber nicht zu Hause gewesen.

Duma ratifiziert Atomteststopp-Vertrag

MOSKAU: Das russische Abgeordnetenhaus, die Duma, hat am Freitag den Atomteststopp-Vertrag ratifiziert, wie Aussenminister Igor Iwanow mitteilte. Das Abkommen über einen umfassenden Atomteststopp verbietet Atomwaffentests in der Atmosphäre, im Weltall und unter der Erde. Bislang haben mehr als 150 Staaten den Vertrag unterschrieben. Damit er in Kraft tritt, müssen ihn alle 44 Länder ratifizieren, die im Besitz von Atomtechnologie sind. Der US-Senat hatte im vergangenen Oktober das von US-Präsident Bill Clinton unterstützte Abkommen abgelehnt.

Kosovo: Schiessereien an der Grenze

BELGRAD: Bei drei Schiessereien im Grenzgebiet zum Kosovo im Südwesten Serbiens sind in der Nacht zum Freitag zwei Albaner getötet und zwei serbische Polizisten verletzt worden. Das meldet die Nachrichtenagentur Beta unter Berufung auf örtliche serbische Quellen. Zwei Albaner seien bei dem Angriff auf eine Polizeistreife am frühen Freitagmorgen nahe Djordjevac im entmilitarisierten Grenzgebiet getötet worden, hiess es. Die beiden Polizisten wurden bei einem Anschlag auf einen Krankenwagen verletzt, als sie ein krankes Baby vom Kosovo ins serbische Vranje begleiteten. Der dritte Zwischenfall ereignete sich im Grenzdorf Koncul, als ein Polizeikontrollpunkt mit Granaten aus dem Albanerdorf Dobrosin beschossen wurde.

Amato soll Regierung bilden

Italien: 58. Nachkriegsregierung steht bevor - Berlusconi fordert sofortige Neuwahlen

ROM: Italiens bisheriger Finanzminister Giuliano Amato soll bis zu den Neuwahlen 2001 die 58. Nachkriegsregierung führen. Staatspräsident Carlo Azeglio Ciampi beauftragte Amato am Freitagabend, eine Regierung zu bilden.

Das Mitte-Links-Bündnis benannte den 61-jährigen Amato als einzigen Nachfolgekandidaten für den zurückgetretenen Ministerpräsidenten Massimo D'Alema, der nach der schweren Niederlage bei den Regionalwahlen das Handtuch geworfen hatte. Der Verfassungs- und Finanzexperte Amato hat den Ruf eines gewieften Taktikers. Er hatte die Regierung bereits 1992/93 geführt, als die italienische «Schmiergeldrepublik» zusammenbrach und zahlreiche Spitzenpolitiker wegen Korruptionsverdachts ausscheiden mussten.

Saubere Weste

Obwohl er damals Mitglied der Sozialisten war, gilt er als «Politiker der weissen Weste». Als Mann der Mitte hat er jetzt die Aufgabe, kleinere Zentrumsparteien im Linksbündnis zu binden.



Der bisherige Finanzminister Giuliano Amato wird voraussichtlich der nächste italienische Regierungschef. (Bild: Keystone)

Politische Kommentatoren in Rom gingen am Karfreitag davon aus, dass der parteilose «Krisenmanager» Amato als erste Amtshandlung im Parlament die Vertrauensfrage stellen wird. Oppositionschef Silvio Berlusconi kritisierte Amato heftig und forderte sofortige Neuwahlen. Er nannte Amato einen «nützlichen Idioten». Ein Ende der Regierungskrise sei nicht in Sicht.

Er nannte Amato einen «nützlichen Idioten». Ein Ende der Regierungskrise sei nicht in Sicht.

Verschiedene Meinungen

Das Mitte-Links-Lager verfüge über keine Mehrheit. Etwa 20 Abgeordnete wollten ins Oppositions-

lager überwechseln, erklärte Berlusconi. Auch der Chef der rechten Nationalallianz (AN), Gianfranco Fini, Berlusconis treuester Verbündeter, zeigte sich skeptisch, dass Amato im Parlament genügend Stimmen zusammenbekommen könnte.

Ungeachtet dieser Angriffe geht das Mitte-Links-Bündnis davon aus, dass es eine sichere Mehrheit im Parlament hat. Zeitungen sprachen von einer Mehrheit von 320 Stimmen in der Abgeordnetenkammer mit ihren rund 630 Sitzen. Einige Politiker des Linksbündnisses warfen der Opposition vor, durch Stimmenkauf Parlamentarier abzuwerben. Amato machte klar, dass er sich nicht nur als Übergangs-Premier verstehe. Er wolle eine Regierung bilden, die den Staat bis zu den turnusmässigen Parlamentswahlen in einem Jahr führe. Er behalte sich jedoch vor, dann auch als Spitzenkandidat der linken Mitte für ein neues Mandat anzutreten.

Den Linksparteien kommt es vor allem darauf an, dass das für den 21. Mai geplante Wahlrechts-Referendum stattfindet. Es soll helfen, ein reines Mehrheitswahlrecht in Italien zu verankern und damit stabile Regierungen zu ermöglichen.

Jiang Zemin in Athen

ATHEN: Griechenland und China wollen ihre Beziehungen in den Bereichen Handel, Kultur und Tourismus weiter ausbauen. Das erklärten der griechische Staatschef Konstantinos Stefanopoulos und sein chinesischer Kollege Jiang Zemin am Freitag in Athen. Griechenland beobachtet mit grossem Interesse die Reformen, die in China eingeleitet worden seien, hiess es in einer Erklärung von Stefanopoulos. Jiang Zemin betonte, dass sich beide Länder über alle wichtigen internationalen Themen einig seien. In den letzten zehn Jahren hat sich der griechisch-chinesische Handel verdoppelt. Jiang Zemin war am Freitag als erstes chinesisches Staatsoberhaupt zu einem offiziellen Besuch in Griechenland eingetroffen. Am Nachmittag traf er mit Ministerpräsident Kostas Simitis zusammen.

Keine Gespräche

«Verhandlungen mit Maschadow für zwecklos»

MOSKAU: Die russische Führung schliesst Verhandlungen mit dem tschetschenischen Präsidenten Aslan Maschadow über Frieden im Kaukasus faktisch aus. Dieser hatte zuvor eine einseitige Waffenruhe in Tschetschenien verfügt.

Verhandlungen mit Maschadow seien nur möglich, wenn dieser gemeinsam mit den russischen Truppen Rebellen in Tschetschenien bekämpfe, sagte Putin vor Journalisten. Er warf Maschadow «politische Impotenz» vor. Putin und russische Militärs bezweifeln, dass Maschadow in dem seit sieben Monaten andauernden Krieg noch die Kontrolle über die Rebellenverbände hat.

Bedingung für Gespräche mit Maschadow seien weiterhin die Auslieferung der steckbrieflich gesuchten Rebellenkommandanten wie Schamil Bassajew und Chatab

sowie die Befreiung aller Geiseln, sagte Putin vor Journalisten. Wenn Maschadow das machen wolle, aber nicht könne, weil er wohl an der Krankheit der politischen Impotenz leide, dann sei Russland bereit, ihm zu helfen.

Moskau werde seine Offensive gegen die Rebellen jedoch ungehindert fortsetzen. Unterdessen gingen die Kämpfe in der Kaukasusrepublik tatsächlich unvermindert weiter.

Maschadow sagte der Zeitung «Kommersant» vom Freitag, die derzeitige relative Ruhe sei damit zu begründen, dass er den Befehl gegeben habe, die Kampfhandlungen einseitig einzustellen. Dies sei Teil eines Plans zur Beilegung des Tschetschenien-Konfliktes, den er Moskau vorgelegt habe. Ausserdem werde er bedingungslos alle gefangenen russischen Soldaten freilassen.

Gewaltwelle in Simbabwe

HARARE: In Simbabwe haben schwarze Bürgerkriegsveteranen ihre Gewalt gegen weisse Farmbesitzer fortgesetzt. Präsident Robert Mugabe trat unterdessen in Victoria Falls mit anderen afrikanischen Staatsoberhäuptern zusammen. Nach Angaben von Farmern überfielen am Freitag die Regierungssoldaten in den Regionen Marondera und Wedza mehrere Farmmitarbeiter. Nördlich der Hauptstadt Harare wurden zwei Farm-Siedlungen im Land gesetzt worden. Im Nordosten des Landes seien Hunderte von Beamten verjagt worden. Mugabe hatte nach einer Zusammenkunft mit Vertretern der Krebseigenen und der Farmer am Mittwoch erklärt, beide Seiten hätten sich auf ein Ende der Gewaltakte verständigt. Allerdings würden die Besitztümer der Farmer keinesfalls kurzzeitig räumen.

US-Präsident Clinton «ermutigt»

Nach Treffen mit Palästinenser-Präsident Jassir Arafat

WASHINGTON: US-Präsident Bill Clinton ist nach einem Treffen mit Palästinenser-Präsident Jassir Arafat «ermutigt», dass die Nahost-Verhandlungen beschleunigt vorangehen können.

Das erklärte ein hochrangiger US-Regierungsbeamter nach den dreistündigen Beratungen der beiden Politiker am späten Donnerstagabend in Washington.

Über etwaige konkrete Fortschritte oder neue Initiativen verlautete aber nichts. Clinton und Arafat vereinbarten jedoch eine verstärkte Einbindung der USA bei den weiteren Gesprächen über ein Rahmenabkommen zwischen Israel und Palästinensern. Dieses Abkommen soll bis Mitte Mai unter Dach und Fach sein und die Vorstufe der endgültigen Nahost-Friedensregelung bilden.

Wie Arafats Chefunterhändler Saeb Erakat am Freitag mitteilte, soll die dritte Runde der Gespräche am 30. April in Eilat im Süden Israels beginnen. Er bestätigte, dass

nach einer Vereinbarung zwischen Clinton und dem Palästinenser-Präsidenten dabei die US-Amerikaner mit am Tisch sitzen werden. Sie würden aber nicht «für die Palästinenser verhandeln». Bereits in der ver-



US-Präsident Bill Clinton und Palästinenserpräsident Jassir Arafat sprachen über den Nahost-Friedensprozess. (Bild: Keystone)

gangenen Woche hatte sich der US-Präsident auch mit dem israelischen Regierungschef Ehud Barak in Washington auf eine «intensivierte» Rolle der USA bei der Fortsetzung der Verhandlungen verständigt. Zwei Runden dieser Gespräche haben bisher in Washington stattgefunden, die jüngste davon ging erst vor wenigen Tagen zu Ende.

Der Regierungsbeamte nannte das Treffen zwischen Clinton und Arafat insgesamt «sehr produktiv». Es gebe eine «sehr positive Dynamik» der Gespräche zwischen Israel und Palästinensern. Beide Seiten seien ernsthaft dazu bereit, die Kernfragen der endgültigen Friedensregelung wie den Status von Jerusalem anzusprechen. Sie seien willens, die Ärmel hochzukrempeln und diese Fragen anzugehen: «Und das ist in der Tat sehr ermutigend.»

Zu Spekulationen über einen baldigen Dreiergipfel zwischen Clinton, Barak und Arafat in Washington sagte der Beamte: «So weit sind wir noch nicht.»

Hisbollah-Kämpfer getötet

NABATIJEH: Durch einen Angriff israelischer Kampfhelikopter auf vermutete Stellungen der islamistischen Hisbollah im Südlibanon ist am Freitag ein Freischärler getötet worden. Dies teilte die Hisbollah mit.

Die Helikopter hätten Ziele um Nabatiieh ausserhalb der von Israel besetzten Pufferzone angegriffen, teilte ein israelischer Armeesprecher mit. Alle Maschinen seien sicher zurückgekehrt.

Damit erhöht sich die Zahl der in diesem Jahr getöteten Kämpfer der pro-iranischen Hisbollah auf acht. Am Donnerstag waren bei Hisbollah-Anschlägen in der israelisch besetzten Zone ein Angehöriger der pro-israelischen Südlibanesischen Armee (SLA) getötet und zwei weitere verletzt worden.

Damit kamen in diesem Jahr bislang 18 Angehörige der SLA ums Leben. Die Hisbollah kämpft seit Jahren für ein Ende der israelischen Besetzung Südlibanons. Israel hat angekündigt, sich bis Juli aus dem Gebiet zurückzuziehen.